

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-

nis staatlicher Macht zu radikalen politischen Minderheiten mit seiner Dialektik von Unterdrückung und Freiheit (S. 7). Der Autor will mit dieser Arbeit den Versuch machen, die Politik Deutschlands in den Jahren 1871 bis 1872 (also nach der Reichsgründung und nicht, wie im Titel angegeben, in der Reichsgründungszeit) im Zusammenhang mit der Verfolgung der Internationale zu analysieren. Dies könne zwar nur auf dem Hintergrund der sozialen Frage und ihrer verschiedenen Lösungsmöglichkeiten geschehen, im Vordergrund der Betrachtung sollen aber vor allem die politisch-organisatorischen und rechtlichen Probleme einer Verfolgung der Internationale stehen — Probleme also, die auf der diplomatischen Ebene zwischen den Großmächten Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn, England und Deutschland zur Sprache kamen.

Erst nach dem Aufstand der Pariser Kommune vom März 1871 und den französischen Versuchen, die Internationale als den Hauptschuldigen an diesem Aufstand darzustellen, wurde die Internationale zum brisanten Problem der europäischen Politik, indem einmal die Internationale als gesamteuropäische Bedrohung erscheinen sollte und zum anderen eine gemeinsame Verfolgung der Kommunisten gefordert wurde. Allerdings fand die Regierung in Versailles mit ihren Bemühungen um gemeinsame europäische Abwehrmaßnahmen gegen die Internationale nur begrenztes Entgegenkommen (S. 65 f.). Einen besonderen Stellenwert nahm Rußland in der französischen Kalkulation ein, denn dort wurde die revolutionäre Gefahr als evident angesehen.

Wenn man davon ausgeht, daß die heraufbeschworene revolutionäre Bedrohung sowohl in Versailles wie in Berlin im Sinne nationalstaatlicher Machtinteressen genutzt werden sollte, so mag man »mit einigem Recht in Favres Vorgehen im Frühsommer 1871 einen Gegenzug zur Politik Bismarcks und zu seinem Bestreben sehen können, die Republik Frankreich im monarchischen Europa außenpolitisch zu isolieren« (S. 66). Während Bismarck Rußland und Österreich-Ungarn im Namen monarchischer Solidarität ans Reich binden wollte, ging das Bestreben der französischen Politik dahin, im Vorgehen gegen die Internationale derart zu verfahren, daß voraussichtlich nur Rußland dieser Politik folgen würde. Gelänge es auf diese Weise, an der deutschen Politik vorbeizuziehen, so könnte ein momentanes französisch-russisches Spezialinteresse zum Ausgangspunkt einer breiteren Interessengemeinschaft werden (S. 67). Wie der Autor nachweist, bemühte sich Bismarck sehr schnell, dieser möglichen Annäherung zwischen Frankreich und Rußland entgegenzuwirken. Es sei vor allem dem überlegenen diplomatischen Spiel Bismarcks zuzuschreiben, daß aus der Situation im Sommer 1871 keine negativen Folgen für die außenpolitische Stellung Deutschlands erwachsen seien, »dem es gelang, sich hinter der ablehnenden Haltung Englands zu verstecken und Österreich-Ungarn zu gewinnen, ohne Rußland vor den Kopf zu stoßen« (S. 155).

Durch den Untertitel stellt der Autor seine Arbeit und die detaillierten Analysen in den größeren Rahmen der »Politik monarchischer Solidarität«. Zu den Auswirkungen der Pariser Kommune gehörte es nun, daß sie das Bewußtsein für einen Revolutionstypus schärfte, der nicht nur die Monarchie, sondern auch die Republik bedrohte und damit neue Gegensätze schuf. Die bürgerliche Demokratie hatte sich selbst auf die Seite der Monarchie gestellt, und gemeinsam standen sie der sozialen, proletarischen Revolution gegenüber. Wie Herbst konstatiert, konnte dies nicht ohne Auswirkungen auf die Politik monarchischer Solidarität bleiben (S. 223). Bismarck benutzte den sich anbahnenden Kampf gegen die Internationale für seine Annäherung an Österreich-Ungarn und die Isolierung Frankreichs, andererseits zeigte sich, daß der enge Zusammenhang zwischen Revolutionsgefahr und Außenpolitik bei der Verfolgung der Internationale auch zugunsten Frankreichs und zur Isolierung des neuen Deutschen Reichs nutzbar zu machen war. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß unter den in den Jahren 1871/72 bestehenden Bedingungen die Politik monarchischer Solidarität — sollte sie zu konkreten gemeinsamen Maßnahmen gegen die Sozialisten führen — die Gefahr in sich barg, durch die unvermeidliche Offenlegung der strukturellen Unterschiede der

Staaten die Interessengegensätze zu vertiefen. Eine Konkretisierung der Politik monarchischer Solidarität gegen die Gefahren der sozialen Revolution war in den Jahren 1871/72 also gar nicht möglich (S. 224). Wie Herbst feststellt, hätte auch der Fortbestand der ersten Internationale wohl kaum etwas geändert. Die Möglichkeiten zur Konkretisierung dieser Politik ergaben sich erst später.

Beatrix W. Bouvier

Hans-Peter Ullmann, *Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 464 S., kart., 84 DM.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände gehören derzeit sicherlich zu den besterforschten Erscheinungen der Geschichte des deutschen Kaiserreichs. Das dürfte zwei inhaltlich-sachliche Gründe haben, die von der vergleichsweise günstigen Quellenlage unterstützt worden sind. Freie Wirtschaftsverbände hat es vor der Gründung des Reiches in dieser Gestalt in Deutschland nicht gegeben. Der Formwandel in der Artikulation und praktischen Vertretung privater Gruppeninteressen hat daher zu Recht die Aufmerksamkeit der Historiker wachgerufen; zumal die Aufmerksamkeit von Historikern, die ihr Augenmerk vorrangig nicht mehr auf die Haupt- und Staatsaktionen, sondern auf deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen und Bezüge richten. Es war naheliegend, von Studien über die Organisation und Politik der Interessenverbände weitere Aufklärung über die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Politik zu erwarten, die Lederer bereits 1912 als »Ökonomisierung des politischen Lebens« thesenhaft zugespitzt behandelt hat und die in der Zwischenzeit im Begriff des »Organisierten Kapitalismus« gleichsam den Charakter eines Systems erhalten haben.

In den vergangenen zehn Jahren sind sehr eingehende und zugleich wohl abschließende Monographien über die vier bekanntesten und sicherlich auch wichtigsten Verbände erschienen. Puhle (1966) und Kaelble (1967) haben den Anfang mit Arbeiten über den BdL und den CVDI gemacht. Mielkes Untersuchung über den Hansa-Bund ist nur wenig später, 1970, in Berlin als Dissertation angenommen, in überarbeiteter Fassung aber erst 1976 gedruckt worden. Sehr viel rascher — dafür ist den Herausgebern der »Kritischen Studien« ebenso zu danken wie für die verzögerte Publikation der aufschlußreichen Studie von Mielke — ist die umfangreiche Arbeit über den Bund der Industriellen im Druck erschienen, mit der Hans-Peter Ullmann 1975 in Köln von Theodor Schieder promoviert worden ist.

Es wäre reizvoll, die Gelegenheit zu benutzen, um ein erstes Resümee zu ziehen und die Ergebnisse der speziellen Verbandsforschung mit der Rolle und Bedeutung zu konfrontieren, die den Verbänden in gängigen »Konzepten« und Interpretationen der Geschichte der Wilhelminischen Zeit zugewiesen werden. Es wäre nichts Neues, wenn verkürzte Thesen und übermäßig scharf pointierte Formulierungen von der Spezialforschung zwar nicht mehr getragen werden, aber dennoch ihren Platz im Deutungs»raster« für eine historische Erscheinung oder Epoche noch eine gute Weile behalten, weil ihre Revision womöglich die Interpretation größerer Zusammenhänge fragwürdig erscheinen ließe.

Es wäre reizvoll! Aber hier ist nicht der rechte Ort dafür. Hier geht es um das Buch Ullmanns. Und an dem läßt sich auch nicht exemplarisch zeigen, worauf es bei einer zusammenfassenden Betrachtung ankäme. Das liegt nicht am Buch, sondern am BdI. Mag man auch die Zeit für gekommen halten, die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessenverbände im politischen und gesellschaftlichen Gefüge ihrer Zeit, vor allem aber die Überschätzung ihres tatsächlichen Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Entscheidungen wesentlich tiefer zu hängen, als es derzeit geschieht — wenn man es am Beispiel des BdI